



# Fraktion aktuell

*Der Newsletter der SPD-Fraktion im Rat der Landeshauptstadt Hannover*

**83 | 24.02.2023**

Liebe Leserin, lieber Leser,

ein Jahr dauert nun der russische Angriffskrieg in der Ukraine bereits an, und ein Ende ist leider nicht absehbar. Seit einem Jahr demonstrieren wir unsere Solidarität mit der Ukraine und den Menschen dort – in unserem Newsletter durch die anhaltende Einfärbung unseres Titelbildes in den Farben der Ukraine. Wir stehen weiterhin zu den Menschen, die seit dem 24. Februar 2022 unermessliches Leid ertragen müssen, und denken dabei besonders an die Bevölkerung in Hannovers Partnerstadt Mykolajiw.

Gedacht haben wir gestern in der Ratsversammlung auch der Opfer der schweren Erdbeben in der Türkei und Syrien. Wie nach dem Angriff auf die Ukraine zeigt ein großer Teil der Bevölkerung Hannovers ein unglaubliches Maß an Solidarität und Hilfsbereitschaft – beides steht für die Offenheit und den Zusammenhalt unserer Stadtgesellschaft, für die wir Politik machen.

Eine interessante Lektüre wünscht



Lars Kelich, Fraktionsvorsitzender

---

## **Masterplan Zukunft Personal**

In den laufenden Tarifverhandlungen für den öffentlichen Dienst des Bundes und der Kommunen wird einmal mehr deutlich, dass auch für die öffentliche Hand seit Jahren das Problem des Fachkräftemangels virulent ist. Ablesbar ist das unter anderem am Durchschnittsalter der 11.700 Beschäftigten der

*Eine Stadt für alle.*





*Titelblatt des Masterplans, Anlage zur Drucksache 0382/2023.*

Landeshauptstadt, von denen 55 Prozent Frauen sind, 15 Prozent einen Migrationshintergrund und neun Prozent eine schwere Behinderung haben.

Unter der Überschrift „Gemeinsam die Verwaltung von morgen gestalten“ hat deshalb die Verwaltung im Organisations- und Personalausschuss vorgestern ihren „[Masterplan 2025 Zukunft Personal](#)“ vorgestellt. Darin benennt sie Handlungsfelder und hinterlegt diese mit verschiedenen Planungsinhalten, die bereits in Arbeit sind oder umgehend in Angriff genommen werden sollen. Zu den Handlungsfeldern gehören die Landeshauptstadt als attraktive Arbeitgeberin, die Sinn stiftet und Mitgestaltung ermöglicht, das Personalmarketing, die Personalfindung und -gewinnung – und hierbei neue Wege des Recruitings sowie eine beschleunigte Stellenbesetzung –, die Personalbindung, moderne Arbeitsformen, gute und kollegiale Führung, die tatsächliche Nutzung der Potenziale von Digitalisierung, Vielfalt, das Personalmanagement als Dienstleistung an den Beschäftigten und den

Verwaltungsorganisationen wie auch die Zusammenarbeit und Sozialpartnerschaft mit den Beschäftigten. Als letzten Punkt führt der Masterplan einen Punkt auf, den auch wir gegenüber dem Kommunalen Arbeitgeberverband mehrfach gefordert haben und den wir uns als ein Ergebnis der laufenden Tarifverhandlungen wünschen: eine Weiterentwicklung des Tarif- und Beamtenrechts, unter anderem durch Öffnungsklauseln, die zusätzliche Anreize in den Großstädten mit ihren schwierigen Bedingungen etwa auf dem Wohnungsmarkt ermöglichen.

## **Equal Pay in der Stadtverwaltung**

Am 7. März, am Vortag zum Weltfrauentag, ist Equal Pay Day: Bis zu diesem Tag müssten Frauen zusätzlich arbeiten, um auf das gleiche Gehalt ihrer männlichen Kollegen zu kommen – eine massive Ungleichbehandlung, die wir nicht hinnehmen können.

Für städtische Beschäftigte ist bereits am 9. Januar Equal Pay Day gewesen, wie die Verwaltung gestern dem Rat auf unsere [Anfrage](#) mitteilte. Auch wenn unsere Stadtverwaltung damit bei der Gleichstellung von Frauen und Männern deutlich weiter ist als die deutsche Wirtschaft, sind auch diese sieben

Tage Ungleichheit sieben Tage zu viel! Wir arbeiten deshalb weiterhin daran, dass Hannovers Verwaltung diese Lohnlücke abbaut und im Rahmen der Verwaltungsmodernisierung auch den Gender Pay Gap bei ihren Beschäftigten vollständig überwindet.

---

## Verantwortung zeigen für die Kolonialgeschichte Hannovers

Hannover muss seine Rolle im Zeitalter des deutschen, britischen und europäischen Kolonialismus und Imperialismus sowie koloniale Kontinuitäten anerkennen und aufarbeiten. Straßennamen im sogenannten Afrika-Viertel in Badenstedt und das Carl-Peters-Denkmal in der Südstadt sind Ausdruck dieses kolonialgeschichtlichen Erbes und des Fortlebens eurozentrischen Denkens. Auch angesichts in Teilen rassistisch geprägter Migrations- und Integrationsdebatten muss unsere Stadt(gesellschaft) hier [Verantwortung zeigen](#).

Deswegen haben wir die Verwaltung mit der Einrichtung eines Beirats beauftragt, der die Verbindungen der Stadt Hannover zur Kolonialgeschichte und deren bis heute reichende Auswirkungen aufarbeiten, deren Zeichen in der Stadt hinterfragen und Handlungsempfehlungen für den Umgang damit benennen soll. Der Beirats soll unter Beteiligung von Gruppen der Zivilgesellschaft, insbesondere der „BIPOC“-Communities (Black, Indigenous, People of Color) einen Perspektivwechsel des postkolonialen Erinnerns und Zusammenlebens unterstützen, der in eine zeitgemäße Gedenk- und Erinnerungskultur münden soll. Zugleich soll er Möglichkeiten aufzeigen, durch kommunale Maßnahmen zum Abbau kolonialer wie rassistischer Strukturen beizutragen.

Vorbild für das Gremium ist der Beirat zur wissenschaftlichen Betrachtung namensgebender Persönlichkeiten der NS-Zeit, der 2013 vom Rat eingerichtet worden war und fünf Jahre später seinen [Abschlussbericht](#) vorgelegt hatte. Über Empfehlungen und Zwischenergebnisse soll der neue Beirats sollen regelmäßig, mindestens aber einmal im Jahr den Ratsgremien berichten.

Im Kulturausschuss am vergangenen Freitag war unser Antrag erstmals beraten worden.

---



## Aufwendungszuschüsse für Belegrechtswohnungen

Menschen, die keinen Zugang oder nur mit Schwierigkeiten einen Zugang zum Wohnungsmarkt finden, dürfen nicht alleine gelassen werden. Deswegen haben wir uns am 15. Februar im Bauausschuss für die Fortführung von Zuschüssen für 479 Belegrechtswohnungen ausgesprochen.

Angesichts der anhaltend angespannten Lage auf Hannovers Wohnungsmarkt werden die Belegrechte, also städtisch bezuschusste Wohnungen, weiterhin dringend benötigt. Auf die städtischen Belegrechte

Facebook-Post vom 15. Februar.

sind vor allem Familien und Alleinerziehende mit mehreren Kindern, Haushalte mit Migrationshintergrund, ohne gesichertes Erwerbseinkommen oder anderen gesundheitlichen oder sozialen Problemen angewiesen. Auch für alte Menschen mit geringer Rente ist es wichtig, ein solches Angebot vorzuhalten.

Da wir uns seit jeher für bezahlbaren Wohnraum einsetzen, begrüßen wir die Fortführung städtischer [Zuschüsse für Belegrechtswohnungen](#), die aktuell besonders in Bemerode, in der Südstadt und in Linden-Nord erhalten bleiben sollen.

---

## Städtische Schulplatzbörse wird gestärkt



Im Schul- und Bildungsausschuss wurde vorgestern einstimmig unser Antrag zur [Stärkung der städtischen Schulplatzbörse](#) beschlossen. Damit kann das Steuerungsinstrument zur Verteilung von Kindern, die von einer Schulform in eine andere wechseln, das seit vier Jahren existiert, optimiert werden.

In Zukunft soll die Schulplatzbörse der zentrale Punkt für die Verteilung von Schüler\*innen bei einem Schulformwechsel werden und durch eine Optimierung der Funktionsweise und einer intensiveren Nutzung der Schulen die bisherige Praxis verbessert werden. Dabei sollen vor allem das Verfahren sozial verträglicher gestaltet und alle beteiligten Parteien frühzeitig eingebunden werden. Die Schulformwechsel-Verteilerkonferenz, die bisher kurz vor den Sommerferien stattfindet, wollen wir so in Zukunft weitgehend überflüssig machen.

Facebook-Post vom 23. Februar.

---

## Umsetzungen der Handlungsempfehlungen zum Medienentwicklungsplan

In derselben Sitzung des Schul- und Bildungsausschusses stellte die Verwaltung vor, wie sie die [Handlungsempfehlungen](#) der Gesellschaft „Partner Deutschland“ umsetzen will, die aus dem Beteiligungsverfahren zum Medienentwicklungsplan abgeleitet worden sind. Insgesamt ergibt sich daraus ein stimmiges Gesamtbild zur künftigen Entwicklung der digitalen Infrastruktur an Hannovers Schulen.

Insbesondere die Einrichtung einer Arbeitsgruppe Schul-IT begrüßen wir. Sie soll den gesamten Prozess der Digitalisierung fachlich begleiten und besteht vor allem aus den Expert\*innen des Fachbereichs Schule sowie Vertreter\*innen der Schüler\*innen, Lehrkräfte, den Schulformsprecher\*innen und Mitgliedern des Inklusionbeirates.

## WIR 2.0-Förderprogramm

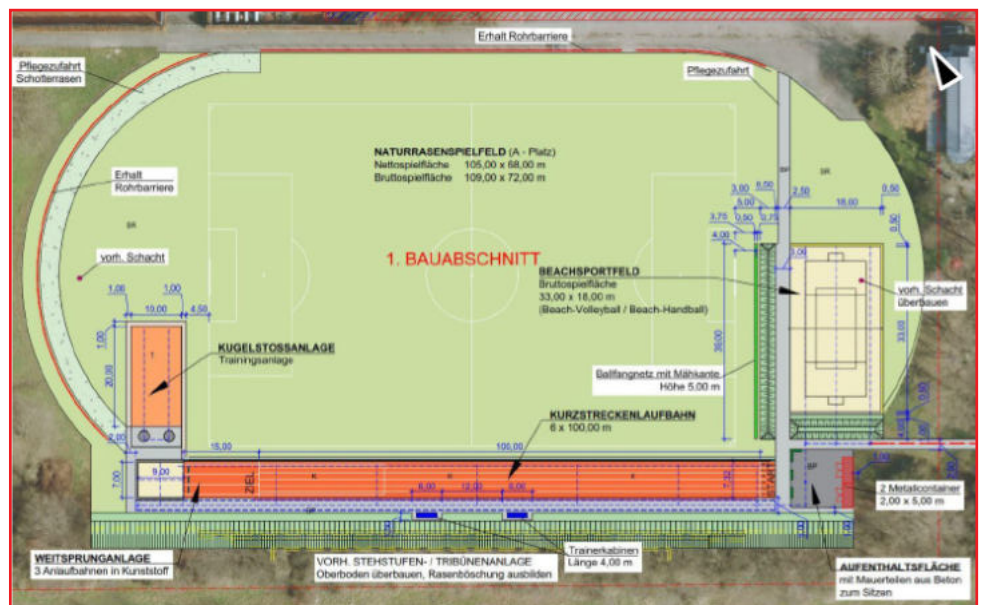
Begleitend zum neuen lokalen Integrationsplan „WIR 2.0“ werden Projekte gefördert, die zur gleichberechtigten Teilhabe aller Einwohner\*innen der Landeshauptstadt Hannover auf allen gesellschaftlichen und sozialen Ebenen beitragen, unabhängig von ihrer ethnischen, kulturellen oder religiösen Herkunft. Im vergangenen Jahr wurden neun Projekte durch das [WIR 2.0-Förderprogramm](#) finanziell unterstützt. Darüber wurden wir am 16. Februar im Internationalen Ausschuss informiert.

Dazu zählen unter anderem die „Offensive gegen Anti-Schwarzen Rassismus und gegen Diskriminierung gegenüber Rom\*nja und Sinti\*zze“, berufsbegleitende Deutsch-Sprachkurse und „Die Blaue Zone. Altwerden und so. Angebote für ältere Menschen mit Migrationsbiographie“. Weitere Projekte umfassen Angebote für Geflüchtete aus der Ukraine, Yoga-Kurse für Frauen mit Kleinkindern oder „Street-sports/Interkulturelle Straßenfußballliga“ mit sportlichen Aktivitäten für Jugendliche verschiedener Herkunft mit dem Ziel der Verhaltensförderung und des interkulturellen Austausches.

## Umbau von Schul- und Sportanlagen in Anderten

Im Sportausschuss haben wir am 13. Februar beschlossen, dass für den Neubau Schulzentrum und der Sporthalle Anderten für den Sport Ersatzflächen auf dem Gelände der Sportfreunde Anderten geschaffen werden sollen. Infolge des [Neubaus des Schulzentrums](#) werden die auf dem Schulgrundstück vorhandenen [Sportanlagen](#) überbaut. Der Sportunterricht der Pestalozzi- und der Kurt-Schumacher-Schule soll künftig auf der Sportanlage der Sportfreunde Anderten stattfinden.

Geplant ist dort der Bau einer Beachsportanlage für die Vereins- und Schulnutzung, einer 100-Meter-Kunststofflaufbahn, kombiniert mit einer Weitsprunganlage sowie einer Kugelstoßanlage. Die Stehtribüne an der Kurzstreckenlaufbahn wird zurückgebaut, mit Oberboden abgedeckt und als Rasenböschung umgestaltet werden.



Planung für die Ersatzflächen auf dem Gelände der Sportfreunde Anderten. Anlage 3 zur Drucksache 3198/2022.

Eine Stadt für alle.

### Impressum:

Herausgeberin: SPD-Fraktion im Rat der Landeshauptstadt Hannover  
Friedrichswall 15, 30159 Hannover, V.i.S.d.P: Dr. Marc-Dietrich Ohse,  
spd@hannover-stadt.de, www.spdratsfraktionhannover.de  
Fotos: unsplash.com/@error420, SPD-Ratsfraktion

Für Inhalte und Gestaltung der verlinkten Internetseiten übernehmen wir keine Verantwortung.

